

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

322 (15.7.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Wochenpreis vierteljährlich:

In Karlsruhe durch Zähler Nr. 425, 10. d. Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 1.70 ohne Postgebühr, für den Ausland durch die Post Mk. 2.20, für den Ausland durch die Post Mk. 2.20, für den Ausland durch die Post Mk. 2.20.

Verleger: Dr. 535

Notationsdruck und Verlag der Adonia A.-G. für Verlag und Druckeret Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Wochentagen in zwei Ausgaben: Morgens: Sechsmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sonne und Blumen“, „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“.

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktion: Dr. H. Wenzel; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wähl; für Anzeigen und Belanzen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Anzeigenpreis:

Die achte Kolonietafel 25 Pf., Kolonnen Nr. 1, 20, je mit 20 Zeilen, 10 Pf., 20 Pf., 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf., 100 Pf., 110 Pf., 120 Pf., 130 Pf., 140 Pf., 150 Pf., 160 Pf., 170 Pf., 180 Pf., 190 Pf., 200 Pf., 210 Pf., 220 Pf., 230 Pf., 240 Pf., 250 Pf., 260 Pf., 270 Pf., 280 Pf., 290 Pf., 300 Pf., 310 Pf., 320 Pf., 330 Pf., 340 Pf., 350 Pf., 360 Pf., 370 Pf., 380 Pf., 390 Pf., 400 Pf., 410 Pf., 420 Pf., 430 Pf., 440 Pf., 450 Pf., 460 Pf., 470 Pf., 480 Pf., 490 Pf., 500 Pf., 510 Pf., 520 Pf., 530 Pf., 540 Pf., 550 Pf., 560 Pf., 570 Pf., 580 Pf., 590 Pf., 600 Pf., 610 Pf., 620 Pf., 630 Pf., 640 Pf., 650 Pf., 660 Pf., 670 Pf., 680 Pf., 690 Pf., 700 Pf., 710 Pf., 720 Pf., 730 Pf., 740 Pf., 750 Pf., 760 Pf., 770 Pf., 780 Pf., 790 Pf., 800 Pf., 810 Pf., 820 Pf., 830 Pf., 840 Pf., 850 Pf., 860 Pf., 870 Pf., 880 Pf., 890 Pf., 900 Pf., 910 Pf., 920 Pf., 930 Pf., 940 Pf., 950 Pf., 960 Pf., 970 Pf., 980 Pf., 990 Pf., 1000 Pf.

Postfach: Karlsruhe 4844

Der Streit um die Börsensteuer.

Bei der Suche nach neuen Steuerquellen hat man diesmal auch auf eine Erhöhung der bestehenden Börsensteuern zurückgegriffen. Nach den Kommissionsberatungen sollen einzelne Karifläche noch über die von der Regierung vorgeschlagene Höhe hinaus gesteigert werden. Das gilt besonders bezüglich der Sätze des Handels mit Wertpapieren. Die vorgeschlagenen Erhöhungen sind gegenüber den bestehenden Sätzen gewiß sehr bedeutend. Es ist fraglich, ob die aus der Mitte der Abgeordneten kommenden Vorschläge praktisch durchgehen werden. Jedenfalls macht sich bereits eine starke Gegenbewegung unter den interessierten Kreisen geltend. Auf einer Sitzung des Vereins für die Interessen der Berliner Fondsbörse waren sich sämtliche Redner darüber einig, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Börsensteuern wirtschaftlichen Schädigungen im Gefolge haben und für die Erziehung der mittleren und kleineren Beamten und Mäler verhängnisvoll wirken müßte. Auch an anderen Orten legt eine Gegenaktion ein.

Es ist ohne weiteres zuzugeden, daß eine solche Erhöhung der Börsensteuern auf die Dividendenwerte den Umständen nach beeinträchtigen kann. Würden die alten und neuen Sätze noch weiter bestehen, dann wären die Umsätze von Dividendenwerten nach dem Kriege gewaltig. Durch eine so hohe Umsatzsteuer oder kann die Spekulation in Dividendenwerten beehmt und auf ein geringeres Maß zurückgeführt werden. Ob die Wirkung in der Tat eintritt, kann man noch nicht einmal sagen, doch spricht die Wahrscheinlichkeit dafür. Trotzdem kann auch, je nach der Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege, der Umsatz in solchen Werten unter Umständen den Friedensumsatz noch erreichen, ja ihn übersteigen. — denn die Kurssteigerungen werden nach dem Kriege weit größer sein als vorher. Das aber macht auch dann noch viele Geschäfte, trotz eines hohen Umsatzsteuers, möglich. Freilich ohne eine Erhöhung des Umsatzsteuers steht eine riesige Steigerung der Umsätze und Spekulationen gerade in Zukunft vor. Die Gewinnmacht ist im Krieg groß geworden, besonders in letzter Zeit. Ges ist in ganz außerordentlichen Mengen vorhanden. Der geschäftliche Wagemut ist gleichfalls fast über Gebühr gestiegen. Man betrachte nur die gewaltige Zahl der Scheidungskinder, die trotz der möglichen hohen Verluste durch Verschlagnahme und Verstraffung sich nicht von ihren Geschäften abhalten lassen. Damit aber sind die Hauptvoraussetzungen für eine gewaltige Entfaltung der Spekulation gegeben.

Es ist dies im Interesse unseres Wirtschaftslebens? Sicher nicht; im Gegenteil. Die Spuren von 1872/73 sprechen. Es ist gar nicht abzusehen, was bei einer ungehemmten Entfaltung der Spekulation für Schäden, welche riesenhaften Erschütterungen entstehen könnten. Dazu kommt ein weiteres. Mehrten sich die Umsätze in Aktienwerten, so werden gewaltige Mengen von Aktienanleihen auf den Markt geworfen, deren Verkauf an sich nicht nötig gewesen wäre. Die natürliche Folge müßte ein großer Kursrückgang sein. Wer würde dadurch geschädigt? Das ganze Volk. Da die Anleihenwerte bis zum Schluß des Krieges 100 Milliarden übersteigen werden, so würde ein größerer Kursrückgang einen Schaden von Milliarden bedeuten.

Schon aus diesen paar angezeigten Gründen wäre es sehr zu befragen, wenn wenigstens in den ersten Jahren eine gewisse Hemmung der Börsenumsätze erfolgte. Das Interesse der Volkswirtschaft verlangt geradezu eine solche steuerliche Maßnahme. Später, nach Wiederkehr geordneter regelmäßiger Zustände, könnte man ja eine Heruntersetzung des Satzes vornehmen.

Wenn dann auch noch von der Städtigung der Kleinrenten gesprochen wird, so muß man doch darauf hinweisen, daß diese ihre Existenz bisher nicht dem Spekulationsgeschäft verdankt haben. Wenn dem Kleinrenten eine wirtschaftliche Gefahr droht, so kommt dieselbe sicher nicht von einer Erhöhung der Börsensteuern, sondern sie droht ihnen von der wirtschaftlichen Übermacht der Großrenten. Deswegen wäre es verfehlt, wollte man eine solche Beweismittel ernst nehmen.

Der Krieg zur See. 16 500 Tonnen versenkt. Berlin, 14. Juli. (W.Z.B. Antl.) Im Svergebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote 16 500 Bruttoregister-tonnen feindlichen Handelsverkehrs vernichtet. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der prächtige Geist unserer U-Boot-Lente. Berlin, 14. Juli. (W.Z.B.) Während eines am 16. Mai an der Nordküste Schottlands herrschenden Sturmes sah sich U... auf nahe Entfernung mit einem kleinen Enten herum, der auf die Schiffe hin das Feuer erwiderte. Das Unterseeboot drehte daraufhin ab, um eine günstigere Entfernung einzunehmen. Noch im Drehen begriffen, wurde U... plötzlich von einer großen See gefaßt, die den Geschicklichen einer Obermaat über Bord rief. In dem hohen Seezug dauerte es etwa fünf Minuten, bis das Unterseeboot begedreht hatte. Der Verunglückte trieb anscheinend leblos in der Schären See. Kurz entschlossen, sprang der Obermaat G... trotz seines schweren Bedenanzuges über Bord und brachte den 30 Meter entfernten Ge-

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 15. Juli. (W.Z.B. Antl.)

Westlicher Keilgeschloß.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Ypern griff der Feind gestern früh nach starker Feuerbereitung an und drang in geringer Breite in unser Kampfgelände ein. Weiter westlich der Lys tagen die Artillerietätigkeit; sie lebte am Abend auch an der übrigen Front an.

Schicksal der bereits die Kräfte verlassenen hatten, an die über Bord geworfene Boje mit Wurfleine, worauf beide auf U... geholt wurden. Der Geschickliche war ohnmächtig, erholte sich aber nach einiger Zeit wieder. Demartroße G... hatte somit unter erheblicher eigener Lebensgefahr seinen Vorgesetzten vom Tode des Ertrinkens gerettet. Ein Beweis für den unter unserer Unterseebootsbesatzungen herrschenden prächtigen Geist! Und da reden die Engländer, besonders ihre Minister, von der sinkenden Moral und der immer schlechter werdenden Disziplin auf unsern Unterseebooten.

Verienkt.

Kopenhagen, 13. Juli. (W.Z.B.) Das Ministerium des Meeres teilt mit, daß der dänische Dampfer „Karl“ nach einer telegraphischen Meldung des dänischen Gesandten in London im Atlantischen Ozean versenkt worden ist. 11 Mann der Besatzung wurden gerettet, der Rest der Besatzung, nämlich der Kapitän, beide Steuerleute und 13 Matrosen, werden bisher vermißt.

Rotterdam, 14. Juli. (W.Z.B.) Naasbode meldet: Der norweg. Segler „Mentor“ der torpediert, aber dann nach Westholmspool geschleppt wurde, ist als vollständiges Wrack zu betrachten. Der japanische Dampfer „Dowa Maru“ von 1471 Bruttoregister-tonnen ist gesichert und gesunken.

Zusammenstoß feindlicher Kriegsschiffe.

Bern, 15. Juli. (W.Z.B.) Der Temps teilt mit: Es ist kürzlich vor Brindisi der französische Torpedojäger „Fait“ mit dem italienischen Torpedojäger „Graf Mammi“ zusammengestoßen und gesunken. Die Verluste dürften nicht bekannt gegeben werden.

Englands Mannschaftsbedarf.

Echo de Paris meldet aus London: Lloyd George empfing am Dienstag die Führer der Parteien mit Ausnahme der Feinpartei und des linken Flügels der Arbeiterpartei und gab die Erklärung ab, daß England noch zu einer weiteren Erweiterung der Heeresergänzung schreiten müsse, wenn es entschlossen sei, in dem kommenden Jahre 1919 den Krieg zu gewinnen.

Die Pariser Presse zur Kanzlerrede.

Genf, 14. Juli. (Zeff. Sig.) Die Agence Havas versendet eine Sammlung von Neuierungen der französischen Presse zur Rede Hertlings, worin wie immer nur die Regierungsbüchler zu Worte kommen. Die Neuierungen dieser Presse waren voranzugucken. Sie finden, daß Deutschland ein großes Friedensbedürfnis haben müsse, und daß es deshalb von der Entente sehr unvorsichtig wäre, in die Falle zu gehen, die ihr Hertling mit seinen Friedensbedingungen stellen wolle. (Gumme der Stumpfsinn der „Falle!“ N.) Immerhin machen sich Widerstände in den Zeitungsstimmen geltend. So stellt das Zeit Journal, das dem Minister des Meeres Bichon nahe steht, fest, daß es dem Grafen Hertling gelungen sei, den Zusammenhang zwischen Hauptquartier, Regierung und Parlament wieder herzustellen, daß er also sein Spiel gewonnen habe. Dagegen ist der Somme freie der Meinung, daß die Lage Hertlings gemäßigt seien, und daß er in Wirklichkeit seine letzte Rede gehalten habe. Diese Rede lasse zu deutlich das Friedensbedürfnis Deutschlands erkennen. Das Journal zieht aus den Vorträgen in Deutschland den Schluß, daß man im deutschen Hauptquartier doch nicht ein so unbedingtes Vertrauen in die Zukunft besitzen, wie man zur Schau tragen wolle.

Zur Lage im Osten.

Eine scheinheilige Entente-Proklamation.

Moskau, 14. Juli. (W.Z.B.) Nach einem Telegramm aus Petrofawodsk haben die Oberbefehlshaber der Ententetruppen an der Murmanküste, der englische Admiral Kemp, der Franzose de Lagerfont und der Kommandant der amerikanischen Streiträfte gemeinsam mit dem Gebietschef eine Proklamation erlassen, worin die Befehung des Gebietes durch die Ententetruppen mit der Notwendigkeit des Schutzes des Ententeeigentums gegen Deutschland und Finnland mit der Bitte um Hilfe gegen finnische Einwohner mit der Pflicht, die Einwohnergebiete dem zur Zeit ohnmächtigen Ausland zu erhalten, begründet wird. In der Proklamation wird die Murmanküste als Gebiet des Sowjets, das unter dem Schutze der Entente stehen und jede Aktion gegen diese als feindlichen Akt gegen die Entente erklärt.

Der Zustand der Sozialrevolutionäre in Petersburg ist besorgt. Einzelne Gebäude haben schwere Beschädigungen durch Artilleriefeuer erlitten. Die

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Zwischen Nisne und Marne blieb die Gefechtsaktivität lebhaft. Dertliche Infanteriegefechte südlich von St. Pierre-Aigle und im Savieres-Grund.

Leutnant Löwenhardt erlangt seinen 35. Lufttag.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Lage in Jaroslaw ist ernst. Zwischen Tscheljabinsk und Omsk beherrschen die Tschecho-Slowaken die Lage. Für Nisne sind Fälle tchecho-Slowakischer Behörden notwendig.

Die Ententetruppen an der Murmanküste.

Moskau, 11. Juli. (W.Z.B.) Preßmeldungen zufolge sollen englische und amerikanische Truppen den ganzen Nordteil der Murmanküste einschließlich Ken besetzt haben und versuchen, bis zur Station Soroki vorzudringen. Ferner verlautet, daß infolge Unterbrechung der Bahn Wolodga-Bugulina und Truppenmangels die Sowjetbehörden den Ufa verlassen und sich nach Wladi begeben haben.

Politische Nachrichten.

Von den Tscheken.

Wien, 14. Juli. (W.Z.B.) Die Wälder melden aus Prag: Gestern hat die Gründungsversammlung des tschechischen nationalen Ausschusses stattgefunden, in der Kramarich zum Präsidenten gewählt wurde. Der Nationalausschuss beschloß einen Aufruf an das tchecho-slowakische Volk zu richten, worin es heißt: Die Aufgabe des tchecho-slowakischen Volkes liegt unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes in einem selbständigen demokratischen tchecho-slowakischen Staat unter eigener Oberhoheit. (1)

Die englischen Maßnahmen in Irland.

Bern, 13. Juli. (W.Z.B.) Zu dem von Lord French am 2. Juli erlassenen Verbot des Sinnfein-Bundes und gewisser verwandter Organisationen droht der Dubliner Berichterstatter der Daily News: Das Verbot ist sehr weitgehend. In die fast jeder Stadt und in jedem Dorfe bestehenden Sinnfein-Klubs sind der Hauptverbindungsstamm zwischen der Sinnfeinzentrale und der Masse der Mitglieder. Die Cumann Gaoban ist eine Sinnfein-Frauenorganisation. Die Gaelic League, wiewohl ursprünglich keine Sinnfein-Gesellschaft, ist in den letzten Jahren fast gänzlich von der Sinnfein-Bewegung ergriffen worden und beschäftigt sich mit ihrer kulturellen Rolle. Die Volunteers, die eine große Rolle bei dem Osteraufstand spielten, sind aus dem Irish Volunteers hervorgegangen, die von den Nationalisten gegen die Carbons Ulster-Volunteers aufgestellt wurden. Die Folgen der Proklamation, die diese Organisationen für ungesetzlich erklärt, werden möglicherweise erstauflage sein. Alle diesen Organisationen gebührende Schande werden geschlossen, ihre Fonds und Druckschriften beschlagnahmt, ihre Versammlungen verhindert, und das Tragen von Abzeichen wird verboten werden. Die Mitgliederzahl dürfte einige hunderttausend betragen, jedoch die Wirkung zurückgehend sein muß. Der von der Regierung unternommene Schritt trägt somit einen außerordentlich Charakter, der von der irischen Exekutive wohl gewürdigt wird. Es sind alle Maßnahmen getroffen, um die Proklamation durchzuführen. Die Folgen werden mit dem größten, nicht von Sorgen freien Interesse erwartet. Es ist die Probe auf das neue resolute Regime.

Norwegen und die Vereinigten Staaten.

Christiana, 14. Juli. (W.Z.B.) Den Morgenblättern zufolge erob in einer Sitzung des Ausschusses des Nordverhandes für die norwegischen Schiffsbauindustrianten in America der Vorsitzende Redner Mathiesen gegen die amerikanische Regierung wegen der Verzögerung der Erstattungsfrage der bezugsnahnten Neubauten scharfe Angriffe. Die Regierung der Vereinigten Staaten beachte das Interesse der Norweger nicht, nachdem man sich fremden Eigentums bemächtigt habe. Wöhe man die norwegischen Kontrahenten im Gegensatz zum Völkerecht, mit leeren Worten ab und verluche ihnen unangenehme Bedingungen aufzuzwingen. Das Verhalten des amerikanischen Staatsdepartements schlinge den Prinzipien ins Gesicht, für die die Vereinigten Staaten in dem Krieg gegangen seien. Das Vertrauen zu dem amerikanischen fihnen Mannesgeist und seiner Moral seien in Norwegen im Sinken. Die Veranlassung beschloß, ein erneutes letztes Angebot der Schiffsbauindustrianten an die amerikanische Regierung zu richten und ließ sich den Protestausführungen des Vorsitzenden an.

Die Kriegspropagandamachine in Amerika.

Bern, 13. Juli. (W.Z.B.) Einen interessanten Einblick in die kolossale Propagandamachine, deren sich die amerikanische Bundesregierung bedient, um die Kriegsbereitigung des amerikanischen Volkes anzufachen, gewährt eine Meldung der Associated Press

aus Washington vom 13. Juni über die Erklärungen, die der Vorsitzende des offiziellen Pressebüros, Georg Creel, zur Begründung seines über zwei Millionen Dollar betragenden Budgets vor dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses für das nächste Rechnungsjahr abgab. Creel führte aus, eine halbe Million würde für die bürgerliche Aufklärung benötigt, für welchen Zweck das Pressebüro bereits fünfundsiebzig Millionen Broschüren in sieben Sprachen verbreitet habe und künftig außerdem eine umfangreiche Werbearbeit in den Schulen plane. 200 000 Dollars erfordere die patriotische Propaganda unter den Fremdegeborenen, weitere 200 000 die Anfertigung von Kriegsfilms im Zusammenarbeiten mit gleichartigen Unternehmungen in Frankreich, England und Italien, 250 000 die Herausgabe der derzeit in einer Auflage von 110 000 erscheinenden Pressebulletins, 40 000 die Veranstaltung von Redetouren. Hierzu bemerkte Creel, daß das Pressebüro jetzt an 220 000 Blätter über freiwillige Sprecher, sogenannte Vierminutenmänner, verfüge, welche die schnellste und wirkungsvollste Organisation der Regierung für ihre Auftritte an das Publikum darstellten. Außerdem arbeiteten für das Pressebüro 9000 realerlei Redner ohne Vergütung. Weiter würden für Propagandatouren wie die der französischen blauen Truppen und der fünfzig Mann der Pershingarmee, die das Land bereiseten, 60 000 Dollars benötigt, weitere 50 000 Dollars erfordere der vom Pressebüro ausgearbeitete telegraphische Nachrichtenendienst und 25 000 Dollars ein besonderer patriotischer Zeitungsartikeldienst, der von 100 erstklassigen Rednern geliefert und von 175 wichtigsten Tageszeitungen täglich auf der ersten Seite veröffentlicht werde. (Nach einer derartigen offiziellen Verarbeitung läßt sich das „freie“ Volk der Republik ohne weiteres gefallen.)

Deutscher Reichstag.

(W.Z.B.) Berlin, 13. Juli

Am Bundesratsitz: v. Bayer, Graf Nöbden, Schiffer, General v. Brissberg. Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung 10 Uhr 20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legt der fähigste Oberst Schulz Vernehmung ein gegen eine bei der Beratung des Etats des Innern vom Abg. Gaase gegen den Justizminister des Reichs ergebene persönliche Beleidigung aus Anlaß der Vorgesentur für die Leipziger Volkszeitung. Der Offizier erhebt sich allgemeiner Hochachtung.

Nach Erledigung von Petitionen wird sodann in die 3. Lesung des Branntweinmonopols eingetreten. Eine große Reihe von Paragrafen wird ohne wesentliche Ausprache nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen.

Bei § 157 (Verkehrsbezeichnung für Kornbranntwein) beantragt Schwarze-Bippstadt (Ztr.) eine Änderung, wonach Kornbranntweinbezeichnung nicht in den Handel gebracht werden darf, so lange die Verwaltung einer Vereinigung von Kornbrennern die Liebernahme und Verwaltung des Kornbranntweins überläßt.

Die Abstimmung überlier blieb zweifelhaft. Der Sammelpung ergibt mit 117 gegen 107 Stimmen Ablehnung des Antrages.

Bei § 252b (Anwendungsfälle für Wohlhabens- und wirtschaftliche Mode) beantragt Abg. Dr. Müller-Meinigen (F. B.) den Reichstagsler zur Bekämpfung der Trunkucht und des Alkohols statt der Millionen Mark nur eine Million Mark zur Verfügung zu stellen.

Mumm (D. B.) bittet, es bei dem Betrage von vier Millionen Mark zu belassen.

David (Zog.) wendet sich ebenfalls gegen die Herabsetzung des Betrages.

Reich (F. B.) Die Vorredner wissen selbst nicht, wofür sie die vier Millionen Mark verwenden wollen.

Graf Fabianowsky-Dehner (D. Frik.): Sie bitte, den Antrag abzulehnen. Zur Alkoholbekämpfung muß etwas durchgreifenderes geschehen.

Wurm (H. Zog.): Wie lehnen den Antrag, wenn auch vier Millionen Mark nicht ausreichen, ab. Das Monopol bringt dem Reiche auch Nutzen. Am besten wäre es, wenn es überhaupt nicht einbrächte.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Sammelpung ergibt 109 für die Herabsetzung des Betrages und 117 dagegen.

Es bleibt also bei vier Millionen Mark.

Zum letzten Wort des § 252b, in dem 16 Millionen Mark für die Bekämpfung der Trunkucht festgesetzt sind, beantragt Reich (Konf.) einen Zusatz, wonach den Krankenkassen und den nachprüflichen Krankenkassen für jedes Mitglied im Jahre mindestens 80 Pf. als Minderleistung zu gewähren.

Der Antrag findet Annahme.

Das Branntweinmonopol wird hierauf gegen die Stimmen der Polen und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im ganzen angenommen. Reichstagssekretär Graf Nöbden: Mit diesem Beschluß sehen wir am Ende einer weittragenden Gesetzgebung. Sobald werden wir den Weg dieser Steuern nicht einmal zu geben haben. Es ist große Arbeit geleistet und dabei ein neues Werk der Gesetzgebung erreicht worden, von dem wir Tragfähigkeit und Haltbarkeit erwarten. Mit diesen Worten ist unsere nächsten Schritte beruhen worden. Neue Gesetze machen, ist keine banale Arbeit. Sie haben sich damit den Dank des Volkes und der verbundenen Regierungen erworben. Der Reichstagsler hätte gerne persönlich diesen Dank ausgesprochen, hat aber im hohen Hauptquartier wichtige Besprechungen. Aufständiger Dank genügt auch den Ausschussvorständen, wie den Reichstagsler. Alle Mitglieder waren Schmeichler. (Lachen) Auf die Beamten fällt bei der Ausfertigung der Gesetze eine schwere Last. (Wurm.)

Präsident Lehrenbach spricht dem Staatssekretär für seine Worte den Dank des Hauses aus, in den er auch das Büro des Hauses einbezogen bitte. Sodann werden restliche Etats in dritter Lesung erledigt.

W. S. ... am. for. IV die 17. Juli.

Reisezeit.

... in seinem Ferienaufenthalte ebenfalls regelmäßig beziehen.

... kann auch für jeden Monat ...

... alle des Bad. Beobachters.

Leinwandweis

... 1913

Bestelle Karlsruhe

... (samt Karlsruhe).

Pfänder-Verfäuerung

... 1918

Ein dreischriger

Gas-Herd

... 2041

Kinderklappwagen

Damenhut

Chaiselongue

Neue Anstalten für Kirchenhöre!

Veni creator spiritus

Deutsches Predigbüchlein

Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe.

Badische Landesbibliothek

Baden-Württemberg

